

Bürgerentscheid zur Windkraft

Eltville legt Termin fest / Grundsteuer auf Rekordniveau

FAZ 24.3.15

obo. ELTVILLE. Die Eltviller Bürger sind aufgerufen, am 31. Mai bei einem Bürgerentscheid über die Aufstellung von bis zu sechs Windrädern an zwei Standorten im Stadtwald zu entscheiden. Das beschloss die Stadtverordnetenversammlung bei Enthaltung der FDP ohne Gegenstimmen und erklärte damit das Bürgergehren der Initiative „Pro Kulturlandschaft Rheingau“ für zulässig. Den Bürgern wird die Frage vorgelegt, die analog vor einigen Wochen auch in Oestrich-Winkel zur Abstimmung stand: „Sind Sie dafür, dass die Stadt Eltville keine städtischen Flächen zur Verfügung stellt, um Windkraftanlagen zu errichten oder zu betreiben?“ Finanziert wird die Abstimmung aus dem Etatposten für die ursprünglich vorgesehene, aber nicht rechtsverbindliche Bürgerbefragung, die damit endgültig abgesagt ist. Es bleibt allerdings bei den zwei vorgeschalteten Bürgerforen morgen und am 14. April unter Moderation der Hessenagentur.

Umstritten war in der Diskussion am Montagabend lediglich die Frage, ob die Stadtverordneten den Bürgern vor dem Gang zur Wahlurne die klare Empfehlung geben sollten, gegen Windräder zu stimmen, wie dies die FDP forderte. Für ihren Antrag fanden die Liberalen aber auch in namentlicher Abstimmung keine Unterstützung. Es gebe keinen Anlass, den Bürgern dazu eine Meinung vorzugeben, sagte Guntram Althoff, der Fraktionschef der Grünen.

Als letzte der Rheingauer Kommunen hat Eltville nun auch einen beschlossenen Haushalt, für den allerdings nur die kreisweit einzige schwarz-grüne Koalition stimmte. Stein des Anstoßes für die anderen vier Fraktionen war die abermalige Erhöhung der Grundsteuer B, diesmal von 500 auf 690 Prozent. Helmut Moser (Bürgerliste) warf der Stadt vor, noch längst nicht alle Sparmöglichkeiten ausge-

schöpft zu haben. Die Grundsteuererhöhung werde vor allem die weniger gutbetuchten Mieter hart treffen. Rainer Scholl (FDP) vermisste eine aktive Wirtschaftspolitik und eine kreative Personalführung durch Bürgermeister Patrick Kunkel (CDU). Der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Hannes prangerte eine „verfehlte Stadtentwicklungspolitik“ an und forderte, die Personalkosten auf dem Rechnungsergebnis von 2013 einzufrieren. Die Stadt müsse mit dem Sparen endlich Ernst machen und beispielsweise die Straßenbeleuchtung abschalten. Klaus Opitz (FEB) fordert die Erhebung von Eintrittsgebühren für die Kurfürstliche Burg.

An der schwarz-grünen Koalition prallten diese Vorwürfe und Gegenvorschläge erwartungsgemäß ab. Der Fraktionsvorsitzende Ingmar Jung (CDU) warf der Opposition vielmehr einen Mangel an konstruktiven Deckungsvorschlägen für den Fall eines Verzichts auf die Grundsteueranhebung vor. Eltville sei nach dem unerwarteten Einbruch bei der Gewerbesteuer in einer „außerordentlich schwierigen Situation“. Althoff kritisierte die kurzfristig eingebrachten Änderungsanträge der SPD, die schon im Finanzausschuss hätten beraten werden müssen und die nicht tragfähig seien. Wegen der scharfen Kritik an der Grundsteueranhebung hatten sich CDU und Grüne aber vor der Sitzung auf einen gemeinsamen Antrag verständigt: Danach soll der Magistrat eine neue Hebesatz-Satzung mit niedrigerer Grundsteuer für den Fall vorlegen, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen positiv entwickeln. Damit nähere sich Eltville ein wenig dem Modell der flexiblen Grundsteuer von Taunusstein an, wo die Sätze in einer Bandbreite zwischen 460 und 480 Prozent variieren sollen, um jeweils den geforderten Haushaltsausgleich zu schaffen.